

Kundgebung und Pressekonferenz in Stuttgart
am 11. Juli 2019 ab 11 Uhr im Schlosspark beim Landtag

Menschen haben Rechte... außer sie kommen ins Abschiebegefängnis nach Pforzheim

*Weiter keine Aufklärung nach Gewalt an Geflüchteten im
Abschiebegefängnis Pforzheim*

Das Antirassistische Netzwerk Baden-Württemberg fordert weiterhin die Aufklärung des Vorgehens der Gefängnisverwaltung und der Einsatzkräfte der Polizei gegen die Insassen des Abschiebegefängnisses Anfang Mai 2019. Wir haben im Mai eine Petition an den Petitionsausschuss gerichtet in der wir die Aufklärung des Vorgehens gegen die Insassen durch den Landtag fordern. Obwohl Dringlichkeit zur Behandlung der Petition besteht, ist unklar ob die Petition am 11. Juli 2019 im Petitionsausschuss behandelt wird. Die Vorfälle werden ignoriert. Die grausame Abschiebepolitik wird fortgesetzt. Die Verantwortung für das Vorgehen gegen die Insassen darf nicht zusammen mit ihnen abgeschoben werden. Viele der Betroffenen sind bereits außer Landes gebracht worden. Das verhindert, dass sie eine Aussage zu den Vorfällen machen können. Wir fordern den Petitionsausschuss der Dringlichkeit der Aufklärung entsprechend zu handeln und die Überprüfung der Vorfälle voranzutreiben.

Unterstütze uns mit dieser Petition:

[openpetition.de/petition/online/aufklaerung-der-gewalt-gegen-gefluechtete-
im-pforzheimer-abschiebegefaengnis-nach-dem-11-mai-2019](https://openpetition.de/petition/online/aufklaerung-der-gewalt-gegen-gefluechtete-im-pforzheimer-abschiebegefaengnis-nach-dem-11-mai-2019)

Beteilige dich beim Antirassistischen Netzwerk Baden-Württemberg:

info.arn-bw@arn-bw.de

Die Vorfälle im Mai 2019

Am 11. Mai 2019 fand im Rahmen der bundesweiten Aktionstage '100 Jahre Abschiebehaft sind genug!' in Pforzheim eine Demonstration statt. Vor dem Abschiebegefängnis fand eine Kundgebung statt. Aus einem Fenster meldeten sich Geflüchtete. Sie machten auf ihre Situation aufmerksam. Ein Gefangener nahm per Handy Kontakt mit der Kundgebung auf. Er schilderte kurz seine persönliche Situation. Das Gespräch wurde über die Lautsprecheranlage übertragen. Nach der Kundgebung verschafften sich mehrere Einsatzwagen der Polizei stürmisch Zutritt zu dem Gefängnis. Später wurde bekannt, dass Geflüchtete gefesselt und mindestens drei Tage in ihre Zellen eingesperrt wurden. Sie konnten nicht duschen und durften die Küche nicht benutzen. In der Nacht auf Montag, den 13. Mai, wurden sie in einen sogenannten 'Bunker' gebracht, dabei trugen sie Anstaltskleidung. Sie durften auch dort nicht kochen, der Handykontakt zum Anwalt war verboten, sie konnten keinen Kontakt zu anderen Gefangenen aufnehmen, sie durften nicht duschen und mussten auf einem Steinbett schlafen. Der Protest aus den Fenstern des Gefängnisses, der Anruf eines Geflüchteten und die Kundgebung gegen die Abschiebehaft scheint höchstwahrscheinlich der Anlass für die Gefängnisverwaltung gewesen zu sein, gegen Geflüchtete in der Haft vorzugehen.

Die Gefängnisverwaltung hat unseren Protest aus Solidarität am 11. Mai mit der kollektiven Bestrafung der Gefangenen beantwortet. Wir fordern vom Petitionsausschuss des Landtags eine Aufklärung der Vorfälle im Gefängnis und die Abschaffung der Abschiebehaft.